

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Auch im April konnte unsere Gruppe der Kreistagsitzung wieder ihren Stempel aufdrücken und durch ihre Anträge Alternativen zum Brei der neoliberalen Konkurrenz aufzeigen. Deren Ideenarmut zu durchbrechen gestaltet sich allerdings nicht einfach, da nach wie vor die schwäbische Hausfrau regiert und eisernen Gestaltungsunwillen einfordert.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 5 – IGS des Bistums Hildesheim St.-Ursula-Schule Duderstadt

Um der derzeit noch kirchliche IGS in Duderstadt vor der Schließung zu bewahren, scheint als einzige Möglichkeit eine Übernahme durch den Landkreis Göttingen in Betracht zu kommen. Der Landrat versteckte sich in seiner Stellungnahme allerdings hinter formaljuristische Einlassungen und zeigte nicht die geringste Bereitschaft, sich für den Erhalt der Schule einzusetzen.

Eckhard Fascher wies in seiner Rede denn auch darauf hin, dass der Landrat den Eindruck erweckt, außerhalb der Stadt Göttingen überhaupt keine Gesamtschulen einrichten zu wollen, obgleich es im Falle der IGS in Duderstadt genügend Zeit gebe, die IGS neu zu errichten. Darüber hinaus hätte die Schule wohl jetzt schon genügend Schüler, wenn sie sich nicht in kirchlicher Trägerschaft befände.

Nicht zuletzt muss für den Besuch dieser Schule derzeit auch noch Schulgeld gezahlt werden, worauf Maria Gerl-Plein von den Grünen hinwies.

Zwar ging es in unserem Antrag zunächst nur darum, mit der Kirche in Verhandlungen einzutreten, dennoch wurde von den Mehrheitsfraktionen – einschließlich CDU – nicht einmal diese Minimalforderung mitgetragen.

SPD-Fraktionschef Dierkes verdrehte gar sämtliche Sachargumente ins Absurde.

Allein die FDP zeigte sich offen. Ihrer Meinung nach sollte die Situation genutzt werden, die Schullandschaft im Raum Duderstadt neu zu gestalten. Dank der Kreisfusion gebe es auch ein neues Einzugsgebiet.

Ein Antrag der Mehrheitsgruppe, der nun beraten wird, sieht vor, zur Weiterentwicklung der Schullandschaft in der zweiten Jahreshälfte eine Elternbefragung durchzuführen, um auf dieser Grundlage einen Schulentwicklungsplan zu erarbeiten. Eine solche Planung wäre endlich mal notwendig, gleichwohl wird dies der IGS in Duderstadt nichts mehr nützen.

TOP 8 – Das AKW Grohnde abschalten!

Der Termin für die Kreistagsitzung wurde passend gewählt: Auf den Tag genau vor 31 Jahren kam es in Tschernobyl zum GAU. Für uns Anlass genug, den Umweltminister des Landes Niedersachsen, Stefan Wenzel, als zuständige Atomaufsichtsbehörde und das Bundesumweltministerium als weisungsbefugte Behörde aufzufordern, die unwiderrufliche Stilllegung des AKW Grohnde zu veranlassen.

Im alternden AKW Grohnde sind immer mehr Störfälle, Baumängel und Pannen zu verzeichnen. Zudem sind für einen möglichen atomaren Ernstfall keine hinreichenden Pläne vorhanden und es käme zu massiven Schäden für Leib und Leben von Menschen in ganz Südniedersachsen.

Die weitere Beratung des Antrages wird zwar zunächst im Fachausschuss weitergeführt, dennoch wurde bereits in der einleitenden Debatte deutlich, dass wir in dieser Angelegenheit bei der Kreistagsmehrheit offene Türen einrennen. SPD-Abgeordneter Mack wies darauf hin, dass das AKW Grohnde viel zu sehr aus dem Fokus geraten sei und der vorliegende Antrag müsse vor dem Hintergrund des Ausstiegs aus dem Ausstieg diskutiert werden.

Grünen-Chef Worbes regte gar an, der Umweltausschuss des Kreistages solle doch eine Fahrt zum AKW Grohnde unternehmen. Eine solche Fahrt habe es früher einmal zum AKW Würgassen gegeben und dieses sei kurz danach abgeschaltet worden.

Vielleicht klappt´s ja auch diesmal.

TOP 9 – Lernort für Erinnerung und Demokratie

Im Landkreis Göttingen gibt es unterschiedliche Orte, an denen an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert wird. In der Regel sind es Tafeln, Stolpersteine oder Gedenksteine. Durch die Ausstellung „Zwangsarbeit in Südniedersachsen“ gibt es einen Ort, an dem sich intensiv mit der Entstehung, politischen Ursachen und der Aufarbeitung des Nationalsozialismus nach 1945 auseinander gesetzt werden kann.

Was fehlt, ist ein Ort, an dem die Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen stattfindet.

Auf die Einrichtung eines solchen Lernortes zielt unser Antrag ab. An den Berufsbildenden Schulen II, Göttingen, soll ein „Lernort für Erinnerung und Demokratie“ für alle Schulen im Landkreis Göttingen geschaffen werden.

Die Verwaltung soll beauftragt werden, ein entsprechendes Konzept zu erstellen.

TOP 11 – Einladung des Polizeipräsidenten in den Kreistag

Was es mit dem selbsternannten „Freundeskreis Thüringen-Niedersachsen“ auf sich hat, muss hier wohl nicht mehr erläutert werden. Demgegenüber bedarf die Polizeistrategie gegenüber diesem Volk sehr wohl einer Erklärung, da nicht alles so ganz nachvollziehbar ist, was in diesem Zusammenhang seit einiger Zeit zu beobachten war. Das Eingreifen – oder besser das Nicht-Eingreifen – der Polizei in einigen brenzigen Situationen schreit laut nach Aufklärung und zukünftig mehr Transparenz in Bezug auf polizeiliches Auftreten.

Der Polizeipräsident Lührig selbst äußerte gegenüber unserem Gruppenmitglied Mohan Ramaswamy sogar seine Bereitschaft, im Kreistag Rede und Antwort zu stehen. Wenn es Probleme gebe, sei er bereit, sich der Kritik zu stellen.

Mehrheitsparteien und CDU wollen aber nicht mit dem Polizeipräsidenten reden. Unser Vorschlag einer Einladung wurde als „Vorladung“ diskreditiert und mehrheitlich abgelehnt.